

# Gebt den Kindern das Kommando

**Stimmrechtsalter null** Die wirtschaftsliberale Denkfabrik Avenir Suisse macht sich für ein Wahlrecht für Kinder stark

VON DENNIS BÜHLER

«Gebt den Kindern das Kommando, sie berechnen nicht was sie tun», sang Herbert Grönemeyer 1986, im Jahr vor der Geburt seines ersten Kindes. «Wir werden in Grund und Boden gelacht - Kinder an die Macht!» Drei Jahrzehnte nach dem deutschen Sänger macht sich nun überraschend die wirtschaftsliberale Denkfabrik Avenir Suisse für einen Ausbau der Kinderrechte stark. Die Schweiz müsse eine Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre in Betracht ziehen, sagte Projektleiter Lukas Rühli gestern in der «Ostschweiz am Sonntag» und der «Zentralschweiz am Sonntag». «Österreich hat es erfolgreich vorgemacht.» Eine interessante Massnahme wäre aus Sicht des Ökonomen zudem die Einführung eines Kinderstimmrechts, das bis zur Mündigkeit stellvertretend von den Eltern ausgeübt würde. «Eltern gewichten die ferne Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach stärker als Personen ohne Kinder», sagt Rühli. «Zudem sind Eltern minderjähriger Kinder jünger als der Durchschnitt der stimmberechtigten Bevölkerung.»

Rühli begründet die Forderungen in der Avenir-Suisse-Webpublikation, die heute veröffentlicht wird und in der auch diverse andere Themen beleuchtet werden, mit der demografischen und partizipatorischen Entwicklung: Zum einen altert die Schweizer Bevölkerung insgesamt; zum anderen stimmen Senioren markant häufiger ab als junge Erwachsene. So nahmen an den Urnengängen 2014 und 2015 rund 70 Prozent der 70-Jährigen teil, von den 20-Jährigen aber nur halb so viele. «Bis 2035 wird das Alter des statistischen Durchschnittswählers gemäss unseren Berechnungen von heute 56 auf 60 Jahre steigen», sagt Rühli und warnt: «Um sich eine möglichst hohe Rente zu sichern, könnten Senioren dringend notwendige Reformen der Sozialwerke blockieren.»

## Warnung vor «Diktatur der Alten»

Die Idee polarisiert: Bei Online-Portalen, die gestern über den Vorschlag berichteten, gingen innert weniger Stunden Hunderte Leserkommentare ein. Und auch Politiker und Experten lässt sie alles andere als kalt. «Bei der Rentenreform haben Kinder nicht einmal ein Anhörungsrecht, obwohl sie am meisten unter den Entscheidungen der heutigen



Die letzte grosse Änderung: Einführung des Frauenstimmrechts auf Gemeindeebene (Aufnahme: Waadt 1970). KEYSTONE

Stimmbürger leiden», sagt Monika Büttler, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen. «Stimmrechtsalter null könnte das ändern.»

Für die Vermutung, Eltern stimmten zukunftsgerichteter als kinderlose Erwachsene, gebe es empirische Evidenz, sagt Büttler. «Gemeinden mit einem hohen Anteil Kinder stimmen eher für nachhaltig finanzierbare Sozialversicherungen.»

Politiker hingegen stehen der Idee skeptisch gegenüber - selbst in der Familienpartei CVP. Die Zürcher Nationalrätin Barbara Schmid-Federer hält nichts davon, Generationen gegeneinander auszuspielen. «Der Vorschlag von Avenir Suisse ist äusserst problematisch, weil er den Kampf zwischen Jung und Alt anheizt, statt das gegenseitige Verständnis zu fördern», sagt sie. Gegen das Ansinnen verwarft sich auch ihr

Bündner Parteikollege Martin Candinas. «Die Sensibilität für die Anliegen zukünftiger Generationen ist in Parlament und Bevölkerung genug ausgeprägt», sagt er. «Zumal sich viele Grosseeltern enorm an ihren Enkeln erfreuen.»

Während das Stimmrechtsalter null für ihn einer «Diskriminierung kinderloser Erwachsener» gleichkäme, macht sich Candinas für Stimmrechtsalter 16 stark. «In diesem Alter haben Jugendliche weitreichende berufliche Entscheidungen zu treffen. Es ist nicht einzusehen, weshalb sie dann nicht auch schon über die Gesellschaft betreffende Fragen bestimmen dürfen sollten.» Dies bedinge jedoch auch einen Ausbau der politischen Bildung in den Schulen. KOMMENTAR RECHTS



**Sollen Menschen ab Geburt ein Stimmrecht haben? - Stimmen Sie online ab.**

## VOLKSINITIATIVEN

### Wirtschaft will doppelt so viele Unterschriften

BDP-Präsident Martin Landolt hat die Diskussion um die Unterschriftenzahl für Initiativen und Referenden vor Wochenfrist angestossen. Nun berichtete die «Schweiz am Sonntag», Gewerbeverband, Economiesuisse und Arbeitgeberverband planten eine Initiative zur Verdoppelung der Unterschriftenzahlen für Initiativen auf 200 000. Es könne nicht sein, dass alle Monate neu abgestimmt werde. Die damit verbundene Rechtsunsicherheit gefährdet laut Gewerbetreibenden das Vertrauen in den Standort. Darum stehen laut Präsident Valentin Vogt auch die Arbeitgeber der Initiative «positiv gegenüber». Ähnlich tönt es bei Economiesuisse. (NCH)

## Drohnen kein Ersatz für Kampfjets

**Militär** Luftwaffenchef Aldo Schellenberg glaubt nicht, dass Drohnen die Luftherrschaft übernehmen können.

VON TINA TUOR

Luftwaffenkommandant Aldo Schellenberg wirbt für neue Kampfjets. Wenn man Sicherheit im Luftraum und eine Armee haben wolle, die Land und Leute verteidigen könne, müsse man über die Luftherrschaft verfügen. Diese Aufgabe könnten auch Drohnen nicht übernehmen.

Auch die modernsten Drohnen hätten nur zwei Fähigkeiten: Aufklärung und Kampf gegen Bodenziele, sagte Schellenberg im Interview mit dem «Sonntags-Blick». Beides gehe aber nur, wenn man schon die Luftraumüberlegenheit habe. Und für die brauche es nach wie vor Kampfjets.

«Wir müssen aufpassen, dass die Schweizer Luftwaffe 2025 noch existiert», sagte Schellenberg. Derzeit arbeitet eine Expertengruppe im Auftrag von Bundesrat und Verteidigungs-

minister Guy Parmelin an einem Grundlagenbericht zur Evaluation und Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges.

### 55 Jets reichen

Die heutigen Kampfjets können noch bis 2025 fliegen, für eine Verlängerung müsste eine halbe Milliarde Franken investiert werden. Laut Zeitplan könnten nach einem Entscheid des Parlaments bis 2025 neue Kampfjets beschafft werden. Es werde sehr eng mit den Lieferzeiten, sagte der Luftwaffenchef.

Zur Zahl der Kampfjets sagte Schellenberg: 55 Jets reichten für den Luftpolizeidienst bei erhöhter Bedrohung mit permanent zwei bis vier Jets in der Luft während mehrerer Wochen. Kämen effektive Verteidigungsaufgaben dazu, wären laut Schellenberg rund 70 Flugzeuge nötig.

Derzeit verfügt die Luftwaffe über 24 einsatzbereite Tiger-F-5-Jets und 31 F/A-18, davon ist laut Schellenberg jeweils etwa die Hälfte im Unterhalt. Vor gut zwei Jahren, am 18. Mai 2014, hatte das Stimmvolk den Kauf von 22 Gripen-Kampfjets abgelehnt. (SDA)

## Jeder zehnte Antrag ist eine Fälschung

**Kriminalität** 10 Prozent der Anträge für Aufenthaltsbewilligungen sind gefälscht.

Bund, Kantone und Städte kämpfen gegen missbräuchliche Anträge für Aufenthaltsbewilligungen. Ein Projekt in der Stadt Bern im Rahmen des Programms «Integrierte Grenzverwaltung» zeigt: Rund zehn Prozent der kontrollierten Anträge wiesen Fälschungsmerkmale auf.

Gefälscht würden nicht nur Pässe, sondern auch Miet- oder Arbeitsverträge, sagt Alexander Ott, Chef der Stadt-

berner Einwohnerdienste und Fremdenpolizei. Einige der Antragssteller reichten auch gestohlene Ausweise ein.

Die Projektverantwortlichen hatten insgesamt rund 850 Anträge unter die Lupe genommen. Bei den meisten Antragsstellern mit gefälschten Dokumenten handelt es sich um Staatsangehörige aus visumpflichtigen Drittstaaten. Zu diesen Drittstaaten gehören etwa Kosovo, Albanien, Serbien, Russland oder die Türkei. Pässe oder andere biometrische Dokumente wie Aufenthaltsbewilligungen können mit sogenannten eDoc-Readern überprüft werden, die heute bereits an Flughäfen eingesetzt werden. (SDA)

## Tarmed-Einigung

### Berset gewährt Nachfrist

Bis Ende Juni sollen Ärzte, Spitäler und Krankenkassen eine neue Version des Ärztetarifs Tarmed vorlegen. Nach dem Scheitern eines Einigungsvorschlags will Bundesrat Alain Berset eine Nachfrist gewähren, macht sich aber schon Gedanken, wo er die Preise senken könnte. Während die Nachfrist laufe, wolle er mit den Tarifpartnern Gespräche führen, sagte Gesundheitsminister

Berset im Interview mit der «Sonntags-Zeitung». «So könnten sie sich noch auf eine Tarifstruktur einigen oder zumindest zu überbezahlten Leistungen Änderungen einreichen». Wie lange die Nachfrist dauert, will Berset nicht sagen. Es hatte ein Tarmed-Vorschlag vorgelegen, doch lehnten die Mitglieder der Ärzteverbände FMH diesen in der vergangenen Woche ab. (SDA)

## KOMMENTAR

### Null ist das falsche Alter

Es stimmt: Die Schweiz ist auf dem Weg zu einer Gerontokratie. Weil unsere Bevölkerung immer älter wird und die Senioren viel gewisserhafter an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen als jüngere Semester, haben sie ein politisches Übergewicht. Kein Wunder, dass beispielsweise Kürzungen bei der AHV vor dem Stimm-



von Dennis Bühler

volk stets einen schweren Stand haben. Schliesslich finanzieren längst wenige Junge vielen Alten die Rente.

Bloss: Das Mittel, das die Befürworter von Stimmrechtsalter null vorschlagen, ist das Falsche. Aus offensichtlichen Gründen könnte ein Säugling seine politischen Anliegen nicht selbst vertreten, sondern müsste sein Stimmrecht von seinen Eltern ausüben lassen, bis er als Jugendlicher selbst interessiert genug dafür ist. So aber erhielten die Eltern faktisch ein Pluralstimmrecht. Dies würde sie gegenüber kinderlosen Erwachsenen bevorzugen und wäre eine Abkehr vom wesentlichen rechtsstaatlichen Prinzip «Eine Person - eine Stimme».

Das Stimmrechtsalter auf 16 oder - noch besser - 14 zu senken, ist das wirksame Rezept gegen die Überalterung an den Wahlurnen. Das brächte den Vorteil mit sich, dass die Jungen noch während oder gleich nach ihrer obligatorischen Schulzeit erstmals zur Urne gerufen würden. Mit einem Staatskundeunterricht, der auf aktuelle Abstimmungsvorgänge Bezug nimmt, könnte ihre Begeisterung für Politik hoffentlich nachhaltig geweckt werden. Damit die Jungen nicht erst wählen und abstimmen, wenn sie alt sind. Und die Schweiz eine echte Demokratie bleibt.

@dennis.buehler@azmedien.ch

## NACHRICHTEN

### BUNDESPERSONAL

#### Fast durchgehend gute Bewertungen

Unter den 38 000 Bundesangestellten sind 93,7 Prozent 2014 von ihren Vorgesetzten als gut oder sehr gut bewertet worden - und haben in der Folge Lohnerhöhungen oder Leistungsprämien erhalten. Das geht aus der Informationsnotiz des Eidgenössischen Personalamts EPA, das zum Finanzdepartement gehört, hervor. (SDA)

### JUNGSOZIALISTEN

#### Tamara Funicello wird erste Präsidentin

Die Juso Schweiz wird zum ersten Mal von einer Frau geführt. Die Delegierten wählten an ihrer ausserordentlichen Jahresversammlung am Samstag die 26-jährige Bernerin Tamara Funicello an die Spitze der Jungpartei. (SDA)



Tamara Funicello. KEY

### IM KATASTROPHENFALL

#### Abkommen zwischen Tessin und Como

Der Kanton Tessin und die italienische Provinz Como haben am Sonntag eine Vereinbarung unterzeichnet, die die Zusammenarbeit bei Katastrophen regelt. Sie garantiert grenzüberschreitende gegenseitige Unterstützung. (SDA)